„Gemeinsam für ein gutes Schulangebot in Hilden“

ENTWURF

Vereinbarung zur Kooperation im Schulbereich

zwischen

der Stadt Hilden – vertreten durch den Bürgermeister und den Schuldezernenten –

und

der Evangelischen Landeskirche im Rheinland – vertreten durch

Präambel

Die heutige Schullandschaft steht vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel mit weiter zurückgehenden Schülerzahlen, das geänderte Schulwahlverhalten der Eltern und die Gestaltung eines inklusiven Schulsystems stellen hohe Anforderungen an die verantwortlichen Schulträger, um ein zukunftsfähiges Schulangebot zu gestalten und dauerhaft zu sichern. Die Schulstadt Hilden bietet vielfältige und attraktive Möglichkeiten für eine erfolgreiche Bildung und Erziehung an, die von den städtischen Schulen, aber auch in wertvoller und unverzichtbarer Weise von den kirchlichen Schulen geprägt und getragen werden. Die Stadt Hilden ist Trägerin einer dreizügigen Sekundarschule und eines vierzügigen Helmholtz-Gymnasiums, die sich beide im städtischen Schulzentrum Holterhöpfchen befinden. Dazu kommt die im Rahmen eines Zweckverbandes mit der Stadt Langenfeld betriebene sechszügige Bettine-von-Arnim-Gesamtschule in Langenfeld, die jährlich zwei Züge für die Aufnahme Hildener Schüler und Schülerinnen bereithält. Die Evangelische Landeskirche im Rheinland wird zum Schuljahr 2014/2015 ihre im Schulzentrum in Hilden vorhandene Wilhelme-Fliedner-Realschule zu einer vierzügigen Gesamtschule umwandeln und das dortige Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium künftig dreizügig gestalten. Vervollständigt wird das Angebot durch die erzbischöfliche Theresienschule, die als staatlich genehmigte Kath. Realschule für Mädchen dreizügig geführt wird.

Der Erhalt dieses vielfältigen und guten Schulsystems kann nur durch eine vorausschauende, kooperative und konsensuale Schulentwicklungsplanung gelingen, an der alle Schulträger mitwirken. Die Stadt Hilden und die Evangelische Landeskirche im Rheinland sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung zur Bewältigung der Herausforderungen bewusst und erklären ihre Bereitschaft zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und zu einem gemeinsamen Weg in der Schulentwicklung in Hilden.

Es werden folgende Leitziele vereinbart:

1. Die Kooperationspartner unterstützen ein Schulsystem, das der Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen gerecht wird. Im Mittelpunkt der lokalen Schulpolitik stehen die

Schüler und Schülerinnen mit ihren unterschiedlichen und vielfältigen Talenten und Begabungen, die individuell gefördert werden. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind unverzichtbare Grundprinzipien beider Schulträger.

2. Die Kooperationspartner verpflichten sich, den eingeschlagenen Weg zu einem inklusiven Schulsystem fortzusetzen und die Anzahl, den Umfang und die Qualität der inklusiven Angebote im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu vergrößern und zu verstärken. Der bestehende „Arbeitskreis Inklusion“, in dem alle weiterführenden Schulen vertreten sind, bildet dazu das geeignete Gremium und Instrument, welches den notwendigen Informationsaustausch und die ziel- und ergebnisorientierte Zusammenarbeit sicherstellt.
3. Die Kooperationspartner unterstützen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Entwicklung und Gestaltung schulischer und schulergänzender Projekte und Angebote. Die Teilnahme an den Maßnahmen steht allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von Ihrer religiösen und weltanschaulichen Zugehörigkeit offen. Alle Schulen können von den Möglichkeiten der städtischen Jugendförderung und Jugendhilfe profitieren.
4. Die Kooperationspartner erklären ihre Bereitschaft, den Zeitpunkt und die Zeiträume der jährlichen Anmeldetermine zur Aufnahme an einer weiterführenden Schule rechtzeitig und einvernehmlich abzustimmen und festzulegen.
5. Die Kooperationspartner vereinbaren eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung. Dazu gehört die gegenseitige Information über die jeweils beabsichtigten Planungen und die damit verbundenen schulorganisatorischen Maßnahmen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Abstimmung. Es wird darüber hinaus ein jährlich stattfindender Informationsaustausch über wichtige Vorhaben in unterschiedlichen Bereichen vereinbart.
6. Die Kooperationspartner sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst, die Vielfalt und Attraktivität der schulischen Angebote in Hilden zu erhalten und allen Hildener Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Dazu verpflichten sie sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten allen Schülerinnen und Schülern aus Hilden, deren Eltern eine entsprechende Aufnahme wünschen, ein Schulangebot in Hilden zu gewährleisten. Die Evangelische Landeskirche im Rheinland sichert zu, dass das evangelische Schulzentrum auch weiterhin vorwiegend und vorrangig unter Berücksichtigung des Heterogenitätsprinzips Schüler und Schülerinnen aus Hilden aufnimmt. In Abhängigkeit zu der Klassengröße und zu der Gesamtzahl der Viertklässler in Hilden wird dazu die Evangelische Landeskirche im Rheinland an den Schulen des evangelischen Schulzentrums im Einvernehmen mit der Stadt Hilden frühzeitig eine Aufnahmequote der Hildener Schüler als Orientierungsgröße für die Aufnahmeentscheidung festlegen. Die dazu notwendige Abstimmung mit der Stadt Hilden soll jeweils jährlich vor dem gemeinsamen Elterninformationsabend der weiterführenden Schulen stattfinden. Die Stadt Hilden wird dazu die entsprechenden Schülerzahlen vorbereiten. Die Kooperationspartner vereinbaren weiter, dass nach dem Anmeldezeitraum vor der Mitteilung der Aufnahmezusagen und Absagen an die Eltern ein Abstimmungsgespräch der Schulleitungen gemeinsam mit der Stadt Hilden mit dem Ziel erfolgt, den Hildener Eltern die von ihnen begehrte Aufnahme ihrer Kinder an einer Hildener Schule zu ermöglichen.

7. Die Vereinbarung gilt vorerst bis zum Ablauf des Schuljahres 2017/2018. Sie verlängert sich jeweils um weitere drei Schuljahre, wenn nicht einer der beiden Kooperationspartner die Vereinbarung zu Beginn des Schuljahres, nach deren Ablauf die Vereinbarung endet, kündigt.

Hilden, den

Für die Stadt Hilden:

Für die Evangelische Landeskirche
im Rheinland:

Horst Thiele
Bürgermeister

Reinhard Gatzke
Beigeordneter

Klaus Eberl
Oberkirchenrat

Otmar Scholl
Schuldezernent